JUNGE UNION
Schleswig-Holstein

Antrag 8: Résumé aus einem Jahr Krieg in der Ukraine

Antragsteller: Junge Union Ostholstein

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert:

- die Bundesregierung auf, sich stärker an Hilfs- und Waffenlieferungen zu beteiligen und sich zusammen mit internationalen Partnern für eine schnelle und umfangreiche Lieferung von Panzern, vorzugsweise westlicher Bauart, einzusetzen, sowie die Voraussetzungen zu schaffen, dass auch osteuropäische Kampfflugzeuge sowjetischer und russischer Bauart mittelfristig und Kampfflugzeuge westlicher Bauart langfristig von der Ukraine zur Verteidigung eingesetzt werden können. Vorbereitend hierzu sollte bereits jetzt die Ausbildung an westlichen Kampfflugzeugen ermöglicht werden.
- die Bundesregierung auf, sich stärker an der Ausweitung, Verschärfung, sowie der tatsächlichen und vollständigen Durchsetzung von Sanktionen durch die EU gegen staatliche und gesellschaftliche Institutionen, Personen und Unternehmen aus Russland zu beteiligen.
- die Bundesregierung auf, sich bei deutschen Unternehmen, die weiterhin in Russland aktiv sind, für eine vollständige und sofortige Einstellung dieser Aktivitäten einzusetzen. Dies gilt nicht für Unternehmen, die die Versorgung der russischen Bevölkerung mit kritischen Gütern sicherstellen.
- die Erhöhung des Bundeswehr-Sondervermögens auf einen Betrag, der es der Bundeswehr erlaubt alle hoch-priorisierten Maßnahmen unmittelbar zu finanzieren. Hierzu gehört auch eine sofortige Reformierung der Bundeswehr-Strukturen und ihres Beschaffungswesens, um einen zielgerichteten und effizienten Einsatz aller Finanzmittel sicherzustellen.
- die Aufnahme von Schweden und Finnland in die NATO im Rahmen von Dialogen mit der Türkei und Ungarn zu beschleunigen.
- die Bundesregierung und die Europäische Union auf, gemeinsam mit ihren internationalen Partnern und Verbündeten bisher neutrale Drittstaaten dazu zu bewegen, sich an der Verurteilung Russlands und an internationale Sanktionen zu beteiligen. Hierzu muss Staaten eine engere Zusammenarbeit und größere Entwicklungschancen angeboten werden. Im äußersten Fall sollten Staaten, die ihre politische, wirtschaftliche oder militärische Zusammenarbeit mit Russland aufrechterhalten oder ausbauen, verurteilt und ggf. sanktioniert werden.

- die Bundesregierung dazu auf, unmittelbar mit der Abkopplung von China zu beginnen und langfristige Alternativen zu schaffen.

- die Bundesregierung und die Europäische Union dazu auf, eine Strategie zur Kontrolle und Sperrung von russischer Propaganda zu erstellen, um ihren Einfluss auf die deutsche und europäische Zivilgesellschaft zu verringern, unter anderem durch russischsprachige neutrale Berichterstattung.

- dazu auf, eine direkte oder indirekte Instrumentalisierung durch russische Propaganda, die Rechtfertigung russischer Aggressionen und die öffentliche Unterstützung russischer Interessen auch weiterhin gesellschaftlich zu verurteilen.

- die Bundesregierung, die Europäische Union und die internationale Staatengemeinschaft dazu auf, bereits jetzt Möglichkeiten zur Einsetzung eines Sondertribunals oder eines internationalen Strafgerichts zu schaffen, um russische Kriegsverbrechen verurteilen zu können.

Begründung:

Am 24.02.2022 begann Russland mit seinem Überfall auf die Ukraine einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen einen friedlichen Nachbarn. Begründet wird dieser Krieg aus russischer Sicht auch weiterhin mit dem angeblichen Ziel der “Entnazifizierung der Ukraine” und “dem Willen, diesen in Wahrheit durch den Westen begonnen Krieg zu beenden”. Statt dieser fadenscheinigen Argumente ist es jedoch offensichtlich, dass der Ukraine ihr Recht auf Selbstbestimmung und eine freie Bündniswahl genommen werden soll, um den Einfluss des Westen, aber vor allem der NATO, einzudämmen.
Die Junge Union Schleswig-Holstein hat nur zwei Tage später in einem Dringlichkeitsantrag erste Forderungen aufgestellt, wie sich Deutschland, die Europäische Union und die internationale Staatengemeinschaft verhalten sollten. Mit dem traurigen Jubiläum eines noch immerwährenden Krieges in Europa sollen mit Beschluss dieses Antrages alte Forderungen bekräftigt und neue Forderungen aufgestellt werden, um den Krieg so zu beenden, dass die staatliche Integrität und Souveränität der Ukraine gewahrt bleibt.
Inhaltliche Aspekte werden ggf. mündlich begründet.